



Jüdische Stimme für Demokratie und  
Gerechtigkeit in Israel/Palästina

info@jvjp.ch | www.jvjp.ch  
Spendenkonto IBAN:  
CH85 0070 0111 2011 0507 3

## Antisemitismusvorwürfe an die Linke

Stellungnahme Kurzfassung

Februar 2024

Als Jüdinnen und Juden, die sich als Teil der linken Bewegungen verorten, sind wir besorgt über den zunehmend inflationären Vorwurf des Antisemitismus im Zusammenhang mit Kritik an der israelischen Politik. Die israelische Regierung nutzt den Vorwurf als Mittel, sich unangreifbar zu machen.

Wie ziehen wir die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus? Wir halten uns an die Definition des englischen Philosophen Brian Klug: Antisemitismus ist «Feindschaft gegen Juden als «Juden»». «Juden» in Anführungszeichen bezeichnet ein stereotypes Bild von Juden und Jüdinnen, mit allen uns bekannten meist negativen, teilweise aber auch positiven Eigenschaften, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden.

Es ist wichtig, diese antisemitischen Stereotypen zu erkennen und es liegt in der Verantwortung sowohl von Einzelnen wie auch von politischen Bewegungen, sie zu reflektieren. Gerade jüngere Menschen sind sich oft nicht bewusst, dass sie antisemitische Bilder verwenden wenn sie zum Beispiel von «den Rothschilds» oder «Brunnenvergiftern» sprechen.

Von jüdischer Seite wird oft das grosse Interesse von Linken am Nahostkonflikt in Frage gestellt und darin eine antisemitische Motivation vermutet oder unterstellt. Auch wir kennen diese Ängste. Es sind aber rechte und nicht linke Grundhaltungen, welche auf einem antisemitischen (rassistischen, islamophoben, sexistischen) Weltbild beruhen.

Linke Politik ist Interessenpolitik von unten. Sie setzt sich für den sozialen Ausgleich ein – auf lokaler bis hin zur internationalen Ebene. Sie tritt an, um universalistische Rechte durchzusetzen. Die ausserparlamentarische Linke identifiziert sich mit den Unterdrückten, allerdings oft ohne deren Ideologien und Methoden im Kampf gegen die Unterdrückung zu reflektieren – ob in Lateinamerika, Afrika oder eben in Palästina.

Die Grenzen zwischen Täter und Opfer sind aber nicht immer sauberlich zu trennen. Dies hat der brutale Angriff der Hamas auf israelische Zivilist\*innen am 7. Oktober 2023 gezeigt. Viele Linke konnten sich nicht dazu aufrufen, diesen Überfall mit deutlichen Worten zu verurteilen, weil Palästinenser\*innen im Kontext der Besetzung Unterdrückte und Israelis Täter sind.

JVJP teilt die Kritik an Israels neuem Gaza-Krieg, der offiziell die Hamas zum Ziel hat, tatsächlich aber in weit grösserem Masse die Zivilbevölkerung Gazas trifft. Wenn an Pro-

Palästina Demos aber die Verbrechen der Hamas nicht erwähnt werden, ist dies unverständlich und falsch. Genauso unverständlich und falsch ist es, wenn Menschen und Organisationen die Flächenbombardierungen von Gaza und den Tod von Zehntausenden von Zivilist\*innen als legitime Selbstverteidigung Israels bezeichnen.

Kritik an Israel ist oft vehement. Diese Heftigkeit weckt auf jüdischer Seite Befürchtungen. Sie kann antisemitisch motiviert sein. Als Juden und Jüdinnen müssen wir uns aber fragen: Ist die Kritik faktenbasiert, richtet sich die Wut gegen Israel oder gegen die Juden?

Einer der Slogans, der häufig als antisemitisch angeprangert wird, ist «From the river to the sea, Palestine will be free». Dieser Slogan ist nicht per se antisemitisch. Eine ausführlichere Diskussion dazu finden Sie in der beiliegenden längeren Fassung dieser Stellungnahme.

Der 7. Oktober hat bei Jüdinnen und Juden in Israel aber auch bei jüdischen Menschen ausserhalb Israels Ängste ausgelöst. Diese Ängste müssen wahr- und ernst genommen werden. Erschwerend ist, dass die israelische Regierung diese Ängste zur Rechtfertigung ihrer Politik instrumentalisiert

Palästinensische Bewohner\*innen von Gaza, der Westbank und in Israel erleben eine noch viel realere, konkrete Bedrohung: Abertausende Tote, Verletzte und Vertriebene, zerstörte Häuser, die Auslöschung ganzer Familien.

Weil es vor Ort im Moment vielen Menschen nicht möglich ist, Empathie mit den «Anderen» zu empfinden, sie in ihrer Wut und Verzweiflung wahrzunehmen, ist es umso mehr die Aufgabe von solidarischen Menschen ausserhalb von Israel und Palästina, Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts aller Seiten zu benennen und zu bekämpfen, wie auch Empathie sowohl mit den palästinensischen Opfern des Gazakrieges wie auch mit israelischen Opfern des Hamas-Überfalls einzufordern.